

Nicht abgeholt, nur mitgenommen? Strukturschwache Regionen, demokratische Teilhabe und die sozioökologische Epochenwende

Impulsrede von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas bei der Diskussion um die Studie "Die Übergangenen" des Progressiven Zentrums und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 20. Juni 2022

Lieber Martin Schulz (Vorsitzender FES),
Lieber Dominic Schwickert (GF Progressives Zentrum),
Sehr geehrte Damen und Herren,

"Es wird sowieso ohne uns entschieden. Wir haben nichts zu sagen."

Aus diesen Worten spricht das Gefühl von Machtlosigkeit.

Sie stammen von einer Frau aus Bochum-Laer. Einer von 217 Interviewten aus der Studie "Die Übergangenen", über die wir heute diskutieren. Und ich hoffe, wir diskutieren noch weit darüber hinaus.

Es geht um große Fragen, große Begriffe, große Veränderungen. Wie die "große Transformation". Sie bildet das Grundmotiv, auf dem wir über die Perspektiven "strukturschwacher Regionen" sprechen müssen. Klar ist: Wir müssen unsere Gesellschaft fundamental umbauen. Und dieser Umbau muss gelingen: In Ost und West, in Stadt und Land.

Wir müssen die globalen Fehlentwicklungen aufhalten, die unsere Lebensgrundlagen gefährden – allen voran den Klimawandel: Diese Umwälzung ist eine sozioökologische Epochenwende. Nicht weniger.

Sie wird uns nur gelingen, wenn wir sie mit Mut gestalten. Deshalb müssen wir die Menschen von den Chancen der großen Transformation überzeugen und sie auf dem Weg in die Zukunft mitnehmen.

Nicht zuletzt in den Regionen, die in den Medien kaum Aufmerksamkeit erfahren. Die nur Thema sind, wenn es um Härten und Abgründe geht: Arbeitslosigkeit und Armut, Kriminalität und bröckelnde Infrastruktur. Um es konkret für meine Heimatstadt Duisburg zu sagen: Die Schlagzeilen bestimmen Themen wie Mafia-Morde, Loveparade-Katastrophe oder Rocker-Schießereien.

Liebe Frau Mayr,

umso mehr habe ich mich gefreut, im vergangenen November Ihr Porträt des Ruhrgebiets "Sie sind eben stolz" in der ZEIT zu lesen. Sie haben sich offensichtlich Zeit genommen für einen differenzierten Blick. Und ja: Auch ich bin eben stolz auf meine Heimatregion.

Trotzdem gilt aber natürlich, dass der Strukturwandel vor Ort nicht nur wirtschaftlich tiefe Spuren hinterlassen hat. Viele Menschen verbinden mit dem Strukturwandel schmerzhaft biografische Einschnitte. Sie haben innerliche Narben davongetragen.

Ob es um den Abschied von der Kohle geht, um den Niedergang der lokalen Chemieindustrie oder ob Traditionsbetriebe ihre Tore schließen – sie alle haben Lebensläufe ganzer Familien geprägt.

Die Übergangenen – Impulsrede von Bärbel Bas

Wo diese Anker wegbrechen, nimmt das Land und Leute schwer mit.

Diese Erfahrungen prägen auch die vier "strukturschwachen Regionen", denen sich die Studie "Die Übergangenen" widmet:

Die Stadt Bitterfeld-Wolfen und der Landkreis Vorpommern-Greifswald im Osten Deutschlands. Im Westen der Regionalverband Saarbrücken, sowie – im Ruhrgebiet – Bochum und meine Heimatstadt Duisburg.

Die Untersuchung lässt die Menschen dort zu Wort kommen, fragt nach ihren Sorgen, Wünschen und Zukunftserwartungen. Sie macht das, wofür auch wir Abgeordneten uns noch mehr Zeit nehmen müssen.

Dabei kommt auch zur Sprache, was sich die Menschen von der Demokratie und ihren Repräsentanten erhoffen. Drei Erkenntnisse werden dabei deutlich:

Erstens: Bei den Menschen ist durchaus angekommen: Die Erderwärmung ist eine akute, globale Bedrohung. Klima- und Umweltschutz sind gewaltige Herausforderungen, die wir nicht mit nationalstaatlichen Anstrengungen alleine stemmen können.

Was aber die eigene Region angeht, stehen für die Menschen ganz praktische Alltagsfragen im Vordergrund: Was wird gegen schlechte Busnetze getan? Lassen sich verödete Einkaufsstraßen wiederbeleben? Finde ich vor Ort noch einen Arzt?

Wenn es um die eigene Erlebniswelt geht, scheinen die Folgen des Klimawandels weit weg. Die Folgen des Strukturwandels sind hingegen mit Händen zu greifen. Deshalb stehen soziale Herausforderungen für die Befragten an erster Stelle, wenn es um die Gegenwart geht.

Zweitens: Die Menschen in den untersuchten Regionen treibt vor allem die Sorge um, dass ihre Region in Zukunft weiter den Anschluss verliert. Und endgültig ins Abseits rutscht.

Weil nach der Krise immer nur vor der nächsten Krise ist. Neuer Anpassungsdruck entsteht, ohne dass die Altschulden und Altlasten des letzten Strukturwandels bewältigt sind. Diese Angst kann lähmen.

Trotzdem - und das ist sehr bemerkenswert - stecken die Befragten nicht auf. Sie äußern Zweifel zur Zukunft ihrer Region, aber ohne persönlich zu verzweifeln. Ihre Befürchtungen gelten eher der Allgemeinheit, dem sozialen Umfeld, den Kindern.

Und sie flüchten sich auch nicht in Nostalgie, sondern wünschen sich für ihre Region ziemlich konkrete und realistische Verbesserungen: Bessere Straßen, mehr Geld für Schulen und Kinderbetreuung, ein kürzerer Bus-Takt. Freizeitangebote vor Ort, Grünflächen zum Erholen. Aber auch mehr Zusammenhalt und Solidarität im Umgang miteinander. Das stimmt mich zuversichtlich. Darauf lässt sich aufbauen.

Drittens: Die Befragten der Studie sehen umfangreichen Änderungsbedarf. Und sie trauen der Demokratie zu, die Dinge zum Besseren zu wenden. Im Prinzip.

Das konkrete Bild von Politikerinnen und Politikern fällt aber sehr unschön aus: "Alle korrupt", heißt es da. Die Rede ist von "Marionetten", die sich vermeintlich "das Geld in die Tasche stecken". Von Parteien und einer politischen Kaste, die schuld daran sein sollen, dass der Bevölkerung angeblich "immer nur die Hälfte gesagt wird."

Die Übergangenen – Impulsrede von Bärbel Bas

DAIs Abgeordnete und Parlamentspräsidentin klingt das sehr vertraut. Leider, wie ich aus unzähligen Briefen, Mails, Anrufen und persönlichen Gesprächen weiß. Die Vorwürfe bilden das Grundrauschen vieler Online-Kommentare und Diskussionsforen im Netz. Natürlich mag viel Empörung künstlich sein. Manches auch strategisch inszeniert, vielleicht sogar fremdgesteuert. Hinter den zitierten Äußerungen stehen aber Menschen, die anderen aus der Seele sprechen.

In Westdeutschland findet fast ein Drittel (28%) der Befragten: Sie lebten in einer Scheindemokratie, in der die Bürger nichts zu sagen haben. In Ostdeutschland sind es fast die Hälfte (45%). So das Ergebnis einer Befragung des Allensbach-Instituts im Auftrag des SWR. Durchgeführt im Februar 2022.

Was viele Menschen unter Demokratie verstehen, finden sie im politischen Alltag nicht wieder. Vor allem in den Parteien nicht.

Als Demokratinnen und Demokraten müssen wir das ernst nehmen. Das heißt zunächst einmal: Wir müssen mehr zuhören. In der Studie wurde gefragt, was die Befragten besser machen würden, wenn sie politischen Einfluss hätten. Zuhören und sich kümmern spielte in den Antworten eine zentrale Rolle.

Bürgernähe ist das Stichwort. In strukturschwachen Regionen fühlen die Menschen offenbar auch bei den demokratischen Parteien deutliche Strukturschwächen. Sie vermissen die Parteien im täglichen Leben als Ansprechpartner.

So sehr ich mich darüber freue, dass es diese Nachfrage gibt. Es ist ein Problem, wenn Kontakt und Präsenz allein als Bringschuld der Politik gesehen werden. Ohne engagierte Menschen in den Ortsvereinen ist der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger kaum zu erfüllen.

Um das zu illustrieren: In ganz Mecklenburg-Vorpommern hat die SPD rund 3.000 Mitglieder. Im Unterbezirk Duisburg sind es ebenfalls rund 3.000 – auf einem Bruchteil der Fläche. Das müssen wir im Blick haben, wenn wir über Präsenz und Bürgernähe sprechen. Wir haben in Deutschland nicht überall gleiche Lebensverhältnisse – und auch keine gleichen Demokratieverhältnisse.

Umso mehr gilt es, im ländlichen Raum und in den Städten mehr Menschen für Parteien als unverzichtbare Kräfte der Demokratie zu begeistern. Gerade, wenn man gerne mehr junge Menschen in der Politik sehen würde. Auch dieser Wunsch blitzt in der Studie auf.

Die Herausforderung geht insbesondere an Amts- und Mandatsträger: Wir müssen die Menschen abholen, mit ihnen ins Gespräch kommen. Ernsthaft und wertschätzend, klar und verständlich. Wir müssen deutlich machen, wie unsere Demokratie funktioniert. Auf welchen Voraussetzungen sie aufbaut. Warum die Abläufe sind, wie sie sind.

Wo es notwendig ist, auch widersprechen. Den Verdrossenen nach dem Mund zu reden, bringt nichts. Unsere Parlamentarische Demokratie lebt von Zweifel, Kritik und Gegenrede. Aber wir dürfen sie nicht schlechter machen, als sie ist.

Das würde den Falschen in die Karten spielen. Jenen, deren Geschäftsmodell darin besteht, Vorurteile gegen die Demokratie unters Volk zu bringen. Die aus den Parlamenten heraus gegen den Parlamentarismus hetzen. Die regional ungleichen Lebensverhältnisse instrumentalisieren, um Sozialneid zu schüren.

Die Übergangenen – Impulsrede von Bärbel Bas

Wir dürfen diesen Kräften nicht das Feld überlassen. Schon gar nicht die Zukunft der vom Fortschritt "übergangenen" Ortschaften und Gegenden, um die es heute geht.

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Und es ist ein gefährlicher Irrweg, sich vor dieser Angst in eine verklärte Vergangenheit zu flüchten. Im Kern ist es aber genau das, wofür die Populisten und Antidemokraten stehen, vor allem die ganz rechts außen. Niemand sollte sich blenden lassen: Politische Reaktion ist keine Antwort auf globale Transformation. Im Gegenteil: Wir sind zum Fortschritt verdammt und wir wollen diese Transformation politisch gestalten.

Aber wie schaffen wir es, dass er auch in "übergangenen" Regionen ankommt? Und was können die strukturschwachen Regionen dazu beitragen, dass uns die große Transformation insgesamt gelingt?

Ich bin der FES und dem Progressiven Zentrum dankbar, dass sie diese Fragen in der Studie nicht ausklammern. Sondern der Politik konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand geben.

Ich möchte die einzelnen Maßnahmen hier nicht kommentieren. Was mir aber wichtig ist: Wir sollten darüber nachdenken, wie wir die Menschen selbst besser einbinden können und sie stärker mitgestalten lassen!

Das kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. Die Studie schlägt "Transformationscluster" vor, welche die gesamte Vielfalt regionaler Organisationen, Strukturen und Institutionen abbilden. Diese können dann Empfehlungen für die Politik erarbeiten.

Gleiches gilt für per Los zusammengesetzte Bürgerräte, wie wir sie auch im Deutschen Bundestag erprobt haben. Sie können die repräsentative Demokratie bereichern. Indem sie konkrete, gesellschaftlich strittige Fragen aufgreifen und Lösungsvorschläge beisteuern. Zum Beispiel, wenn es um Chancen und Risiken geht, die Klimawandel und Energiewende für die eigene Region mit sich bringen.

Denkbar wären auch sogenannte "Bürgerhaushalte", mit denen die Bevölkerung vor Ort, Geld in bestimmte transformationsbezogene Vorhaben leiten kann.

All das lässt demokratische Gestaltungsmacht greifbar werden. Es ermutigt die Menschen zu mehr Selbstbewusstsein. Sie können die Zukunft ihrer Region selbst gestalten! Weil sie Erfahrung mit Veränderung haben. Das ist ein ganz entscheidender Punkt der Studie:

Strukturschwach heißt auch erfahrungsstark. Stark an Erfahrung und stark durch Erfahrung.

Ich bin überzeugt, es gibt überall in unserem Land Ideen, wie man Strukturwandel positiv gestalten kann.

Mit dieser Überzeugung verbinde ich einen Dank. Er geht an das Progressive Zentrum und die Friedrich Ebert-Stiftung, an die Autorinnen und Autoren der Studie, an die Interviewerinnen und Interviewer. Vor allem aber an die Bürgerinnen und Bürger, die an der Studie mitgewirkt und die Perspektiven ihrer Region eingebracht haben.

Ihnen allen ein herzliches Dankeschön!